

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2013



Bankenregulierung: Kurieren an Symptomen

Europas Bankensektor ist weiterhin in desolatem Zustand. Der britische „Economist“ schreibt von Zombie-Banken und vergleicht die derzeitige Lage mit der Japans in den 1990ern. Dort waren die Banken nach einem Immobilien-Crash zu geschwächt, um Unternehmen ausreichend mit Krediten zu versorgen, wurden vom Staat aber am Leben gehalten. Notwendig wäre – aktuell wie seinerzeit in Japan – eine bessere Ausstattung der Banken mit Eigenkapital.

Anat Admati und Martin Hellwig zeigen in ihrem Buch „The Bankers' New Clothes“ anschaulich, dass Eigenkapital der einzige marktwirtschaftlich saubere Puffer für risikobehaftete Geschäfte ist. Anstatt sich dieser ordnungspolitischen Lösung zu widmen, streiten Europas Politiker über kurierende Maßnahmen, wie den jüngst von der EU-Kommission vorgestellten Entwurf zur „geordneten“ Abwicklung: Demnach soll über die Schließung einer Bank zentral in Brüssel entschieden werden; ein gemeinsamer Fonds, in den alle Banken einzahlen müssen, soll im Notfall für die Abwicklung einer Pleitebank einspringen.

Aus Deutschland kommt Kritik: Finanzminister Wolfgang Schäuble will eine Bankenschließung nicht allein in Brüssel entschieden wissen. Angela Merkel bemängelt, dass der Vorschlag die EU-Kommission mit Kompetenzen ausstatte, die sie nach geltendem Vertragswerk nicht habe. Bundesbankpräsident Jens Weidmann kritisiert die nicht angetastete Verflechtung von Banken und Staaten, da Banken weiterhin kein Eigenkapital für Staatsanleihen hinterlegen müssen.

Das sind begründete Einwände, die jedoch nicht an der Wurzel des Problems ansetzen: an den niedrigen Eigenkapitalquoten der Banken. Die sollen zwar gemäß „Basel III“ bis 2018 auf drei Prozent steigen; Unternehmen anderer Branchen weisen dagegen Quoten von 30 Prozent und mehr aus. Warum liegen Banken so deutlich darunter? Die Antwort von Admati und Hellwig: Weil sie es wollen und, dank politischer Duldung, auch können.

Lars Vogel

Alles wird gut – hoffentlich

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine Studie über „Wahrnehmungen der deutschen Energiewende in Schwellenländern“ in Auftrag gegeben; befragt wurden Experten in Brasilien, China und Südafrika. Während es in Deutschland inzwischen bei nahezu allem, was die Energiewende betrifft, Kritik hagelt, sehen die befragten ausländischen Experten das anders. In einer kurzfristigen Perspektive diskutieren auch sie Probleme wie Energiesicherheit und Kosten. Bürgerproteste gegen Maßnahmen im Zuge der Energiewende werden in den Schwellenländern dagegen nicht wahrgenommen. Der deutschen Gesellschaft insgesamt wird ein starkes ökologisches Bewusstsein unterstellt. Aus Sicht der Experten ist das Vorhaben zwar ambitioniert. Aber wer, wenn nicht Deutschland, sei in der Lage, dieses Projekt umzusetzen? Deutschland gilt nach wie vor als Land der Planer, welches Probleme umgehend in den Griff bekomme.

Zu den langfristigen Wirkungen zählen die Befragten die Unabhängigkeit von Rohstoffimporten: Weil Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, sei die Entscheidung zur Energiewende logisch. Die Wirtschaftskraft werde damit langfristig gestärkt.

www.kas.de/wf/de/33.34940/

Ende des Solarbooms?

In Deutschland werden nach mehreren Förderkürzungen bedeutend weniger Solaranlagen installiert als in den Vorjahren. In den vergangenen drei Jahren seien jeweils 7 500 Megawatt an neuer Solarleistung hinzugekommen. 2013 werden laut Bundesumweltminister Peter Altmaier nur noch rund 4 000 Megawatt dazu kommen.

Während allein die 2010 installierten Anlagen die Bürger in diesem Jahr 2,2 Milliarden Euro kosteten, seien es bei den Anlagen aus diesem Jahr nur noch rund 300 Millionen Euro. Beim Neubau von Solaranlagen sinkt deren Kostenanteil in der EEG-Umlage; der Neuzubau wird 2013 voraussichtlich unter 0,1 Cent je Kilowattstunde liegen. Die Förderkosten werden über die EEG-Umlage auf den Strompreis aller Verbraucher umgelegt.

Eine im Sommer 2009 ans Netz gegangene Anlage wird über 20 Jahre mit rund 43 Cent je Kilowattstunde gefördert. Für eine neu gemeldete Anlage in diesem Sommer gibt es nur noch eine Vergütung von rund 15 Cent. In den ersten sechs Monaten 2013 wurden Solaranlagen mit insgesamt 1 800 Megawatt Leistung installiert; allein im Juni 2010 wurden Anlagen mit 2 100 Megawatt errichtet.

Vor einem Jahr hatten Bund und Länder die Solarförderung beschnitten. Neben weiteren

automatischen Kürzungen bei einer bestimmten Zubauemenge soll es ab 52 000 Megawatt installierter Gesamtleistung keine Förderung für Neuanlagen mehr geben. Diese Grenze wird dem Bundesumweltminister zufolge 2017 oder 2018 erreicht sein.

www.bmu.de/N50189/

Fair gehandelt

In Deutschland werden an 42 000 Verkaufsstellen und in 20 000 gastronomischen Einrichtungen Produkte mit dem „Fairtrade“-Siegel angeboten. Im Jahr 2012 sind laut Transfair e. V. 51 neue Lizenzpartner mit 241 neuen Produkten hinzugekommen. Insgesamt dürfen in Deutschland mehr als 2 000 Produkte das Siegel tragen, das „für die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei der Herstellung in den Herkunftsländern und für faire und entwicklungsförderliche Handelsbeziehungen bürgen soll“. Laut Hochrechnungen der Organisation kaufen Verbraucher in Deutschland im vergangenen Jahr Fairtrade-Produkte im Wert von rund einer halben Milliarde Euro.

Fairtrade-Rosen haben dabei einen besonders hohen Marktanteil: 250 Millionen Stück wurden 2012 verkauft, ein Marktanteil von knapp 20 Prozent. Fairtrade-Kaffee erreichte mit einem Absatz von 9 322 Tonnen einen Marktanteil von 2,3 Prozent. Einen neuen Absatzrekord erzielten fair gehandelte Bananen: Über 21 000 Tonnen kauften deutsche Verbraucher, dies entspricht einem Marktanteil von 3,5 Prozent.

<http://goo.gl/NZC7o>

Aufbruch in die Energiezukunft

Die Erdgasförderung durch sogenanntes Fracking weckt einerseits Hoffnungen auf die Nutzung einheimischer Rohstoffvorkommen in Deutschland. Auf der anderen Seite stehen die Bedenken von Umweltschützern und die Ängste der Bürger. Ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Regulierung solcher Erschließungen ist Anfang Juni gescheitert.

Beim Fracking werden mit hohem Wasserdruck tief liegende Gesteinsschichten aufgebrochen (im Englischen: Hydraulic Fracturing), sodass in den Gesteinen eingeschlossenes Gas oder Öl gefördert werden kann. Pro Frack werden bis zu 5 000 m³ Wasser und verschiedene Chemikalien bei über 1 000 bar Druck in die Erde gepresst. Dies birgt – wie jede Technologie – Risiken: Wasserschutz, seismische Ereignisse, Flächenverbrauch und anderes mehr müssen berücksichtigt werden. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Neuregelung der Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten“ wurde Anfang Juni 2013 aus den Beratungen zurückgezogen; koalitionsinterne Differenzen gelten als Ursache.

Fracking erlaubt

Grundsätzlich ist Fracking in Deutschland nicht verboten. Zwischen 1961 und 2011 wurden allein in Niedersachsen rund 360 Fracks durchgeführt. Weltweit wurde inzwischen rund 1,2 Millionen Mal gefrackt. Mit dem zurückgezogenen Gesetz wollte die Bundesregierung die Regularien in Deutschland verschärfen und präzisieren. So sollte zum Beispiel das Fracking in sämtlichen Trinkwasserschutzzonen verboten werden. Bisher war es in Abstim-

mung mit den Wasserbehörden in bestimmten Zonen möglich. Zudem hätte für jede Tiefbohrung eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden müssen, wenn ein Frack geplant wäre. Bislang ist diese Prüfung im Zusammenhang mit einer geplanten „Kohlenwasserstoffgewinnung“ nur dann durchzuführen, wenn die erwartete Fördermenge 500 Tonnen Erdöl bzw. 500 000 Kubikmeter Erdgas übersteigt, unabhängig davon, ob nach dem Bohren gefrackt wird oder nicht.

Alte Technik, neue Erfolge

Auch wenn die derzeitige Diskussion einen anderen Anschein erweckt: Fracking ist keine neue Technologie. Diese – energieaufwändige – Art der Rohstoff-Förderung ist seit den 1940er Jahren bekannt und wurde damals bereits in den USA angewendet. Erst der Einsatz moderner Technologien und steigende Energiepreise in den letzten Jahren machten das Verfahren rentabel. Die USA erlebten in den vergangenen Jahren einen regelrechten Fracking-Boom. Die neu erschlossenen Vorkommen drückten den Gaspreis in den USA im vergangenen Jahr um rund 30 Prozent. Nun wird diese Förderung dort zunehmend auch auf Öl ausgedehnt.

Das Wesentliche des Frackings ist – neben der Rissbildung – der Transport von Stützmitteln, beispielsweise Sand, in die aufgesprengten Risse. Das ist nur mit einer entsprechend geeigneten Flüssigkeit möglich. Alle chemischen Zusätze, die diskutiert werden, sollen unterstützend wirken. Sie dienen der Reibungsminderung, verhindern das Bakterienwachstum oder verbessern die Fließfähigkeit. Die Viskosität der Mischung bewirkt, dass sich der Sand in die Risse setzt und das Verschließen verhindert. Dadurch treten Erdgas oder andere Rohstoffe aus, die dann wie üblich gefördert werden können. Des Weiteren dienen die chemischen Zusätze dazu, das Wasser-Sand-Gemisch wieder zu trennen, so dass das eingebrachte Wasser wieder ausgepumpt werden kann. Das Gas aus dem Gestein zu lösen, ist nicht Aufgabe der chemischen Zusätze.

Unkonventionelle Förderung

Angeheizt durch die Energiepreise und beeinflusst von den Erfolgen in den USA ist es nahezu unvermeidbar, dass auch in Deutschland das Erschließen der unkonventionellen Lagerstätten diskutiert wird. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat im vergange-



„Ich glaube nicht, dass Fracking Wahlkampfthema sein wird. CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne sind gleichermaßen der Auffassung, dass wir auf absehbare Zeit diese Technologie in Deutschland nicht im industriellen Maßstab ausbauen werden. Deshalb gibt es eigentlich mehr Gemeinsamkeiten, als die Diskussionen der letzten Wochen erkennen lassen.“

Peter Altmaier, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

nen Jahr diverse Regionen aufgelistet – sie liegen vor allem in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen –, in denen große Mengen Erdgas in Schiefergesteinen lagern könnten. Die BGR schätzt, dass dort rund 6,8 bis 22,6 Billionen m³ zu finden wären. Allerdings seien davon nur rund zehn Prozent technisch sinnvoll zu erschließen. Das ist laut BGR aber immerhin das Zehnfache dessen, was aus den deutschen konventionellen Lagerstätten kommen könnte. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 11,7 Milliarden m³ konventionelles Erdgas gefördert. Derzeit kommen 13 Prozent des in Deutschland verwendeten Erdgases aus heimischer Produktion.

Verschiedene Experten kommen zum gleichen Ergebnis: Die konventionellen Erdgasvorräte werden in rund zwölf Jahren erschöpft sein. Schätzungsweise mindestens 15 Jahre könnte Deutschland seinen Erdgasverbrauch vollständig aus heimischen Lagern decken, wenn Fracking betrieben würde. Wie ertragreich die Vorkommen tatsächlich sein werden und ob sich die Förderung lohnt, wird allerdings erst der Praxistest zeigen können.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) – ein Beratergremium der Bundesregierung – ist eher skeptisch: Das wirtschaftlich nutzbare Schiefergaspotenzial in Deutschland sei eher gering, da die notwendigen geologischen Bedingungen in Deutschland nur sehr vereinzelt vorzufinden sind. Ob sich aus der derzeitigen Phase der

Erkundung eine Erschließung oder gar eine Förderung entwickelt, das sei aktuell nicht absehbar. Der SRU warnt außerdem vor unkalkulierbaren Folgen für die Umwelt, sollte Fracking ohne weitere Forschung kommerziell betrieben werden: Wegen „gravierender Wissenslücken“ dürfe die Ausbeutung von Schiefergas in unkonventionellen Lagerstätten derzeit nicht zugelassen werden. Erst auf Basis noch zu gewinnender Erkenntnisse sei Fracking in der Zukunft verantwortbar.

Das Umweltbundesamt hat das Fracking ebenfalls untersucht und seine Einschätzung abgegeben. Es verurteilt diese Methode nicht pauschal, sieht aber ebenfalls die Notwendigkeit einer kritischen Überprüfung der Explorationsverfahren in Deutschland und zeigt Forschungsbedarf sowie offene Fragen auf.

Energiewende ohne Fracking?

Nach Erkenntnissen der Energy Watch Group (ein internationales Netzwerk aus Wissenschaftlern und Parlamentariern unter Trägerschaft der Ludwig-Bölkow-Stiftung) erreichen jene Lagerstätten, die per Fracking ausgebeutet werden, wesentlich schneller als konventionelle Quellen ihr Fördermaximum. Beim unkonventionellen Erdgas liege der Produktionsrückgang bei 70 bis 80 Prozent pro Jahr. Weltweit wäre danach bereits 2020 das Fördermaximum beim Erdgas erreicht. Die Folge: Für die sich immer schneller erschöpfenden alten Lagerstätten müssen ständig schneller und immer mehr

neue Vorkommen erschlossen werden.

Fracking wirkt zudem möglicherweise kontraproduktiv, wenn es um den Umstieg auf erneuerbare Energieträger geht. Der Einsatz fossiler Rohstoffe wird durch das Erschließen unkonventioneller Lagerstätten verlängert und so der Umstieg auf klimafreundlichere Energieträger verzögert.

Da Gas aber ein umweltschonenderer Energieträger als beispielsweise Kohle ist, ist für die Zukunft international mit einer Zunahme dieser Form von Erdgasförderung zu rechnen. Zudem sollen in Deutschland Gaskraftwerke als schnell verfügbare Reserve bei Mangel an Wind- und Sonnen-Energie zum Gelingen der Energiewende eingesetzt werden. An den politischen Entscheidungsträgern liegt es daher zuerst, für passende Rahmenbedingungen zu sorgen, um Energieversorgung, Umweltschutz und wirtschaftliche Interessen unter einen Hut zu bringen.

Risikoabschätzung und politische Führung

Das ist, zugegeben, keine einfache Aufgabe. Es geht um mögliche stoffliche Veränderungen, wenn Wasser, versetzt mit Chemikalien, unter hohem Druck in tiefe Gesteinsschichten eingebracht wird. Welche Erkenntnisse lassen sich aus der inzwischen gut siebzigjährigen Anwendung des Frackings nutzen? Wie lassen sich die Risiken für Grundwasser, Trinkwasser und Ökosysteme rund um die Bohrstellen bewerten? Hierzu gibt es langjährige Er-

fahrungen aus dem Betrieb von Großanlagen in der chemischen Industrie.

Nicht zuletzt muss eine umfassende rechtliche Einschätzung stattfinden, die mit der Erschließung von Lagerstätten einsetzt und alle relevanten Rechtsgebiete berücksichtigt. Aktuell sind vor allem das Bergrecht und das Wasserrecht maßgeblich; Umweltrecht, Stoffrecht u.a.m. müssen ebenfalls Berücksichtigung finden.

Das setzt allerdings voraus, das den Energie-Experten in Politik, Wissenschaft und Unternehmen zugestanden wird, dass sie abschätzen können, wo Risiken bestehen und wo nicht. Das enthebt die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft wiederum nicht davon, ihre Erkenntnisse der Allgemeinheit rechtzeitig und verständlich zu vermitteln. Unabdingbar ist auch: Die Haftung für eventuelle Pannen muss ausschließlich der Betreiber solcher Bohrstätten tragen; eine Abwälzung von Folgekosten auf die Steuerzahler ist ausgeschlossen.

Zudem muss man sich auch immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass keine Technologie risikofrei ist. Mehrheitlich fanden die Bundesbürger die Energiewende – genauer: den Atomausstieg – überfällig und nötig. Doch die zunehmende Verweigerung beim Bau von Stromtrassen und die Ablehnung von Windkraftanlagen in der Nachbarschaft werfen erneut eine Frage auf: Wie soll die Energiewende gelingen, ohne die Energieversorgung zu gewährleisten?

Andreas Schirmer



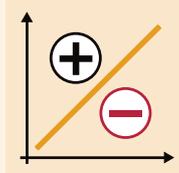
„Die Armut an sich macht keinen zum Pöbel: Dieser wird erst bestimmt durch die mit der Armut sich verknüpfende Gesinnung, durch die innere Empörung gegen die Reichen, gegen die Gesellschaft, die Regierung usw.“

Georg Wilhelm Friedrich Hegel

IM KLARTEXT

Juli 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



„Die Zeichen für die weitere Entwicklung in diesem Jahr stehen gut. Der Arbeitsmarkt kann dann schnell weiter durchstarten“, in dieser Form fasste Ursula von der Leyen – Bundesministerin für Arbeit und Soziales – die Arbeitsmarktlage im Juni zusammen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) kommentierte: „Der Arbeitsmarkt befindet sich weiter in einer guten Grundverfassung und entwickelt sich in dem schwierigen konjunkturellen Umfeld robust.“ In Zahlen ausgedrückt hieß das für

den Juni: Es waren rund 55 000 Menschen mehr ohne Arbeit als im Juni 2012. Die offiziell gemeldete Arbeitslosenzahl der BA-Statistiker belief sich im Juni des laufenden Jahres auf insgesamt 2,864 Millionen.

Eigenverantwortung



Mit Ablauf des Monats Juni sind Änderungen bei der Privatinsolvenz in Kraft getreten: Schuldner können künftig bereits nach drei Jahren mit einem wirtschaftlichen Neustart beginnen.

Damit Restschulden bereits nach drei Jahren erlassen werden, sind allerdings Bedingungen zu erfüllen: Der Schuldner muss innerhalb der Zeit mindestens 35 Prozent der Gläubiger-Forderungen begleichen und darüber hinaus die Kosten für das Insolvenzverfahren zahlen. Wer das nicht schafft, der kann nach fünf Jahren eine vorzeitige Restschuld-Befreiung erreichen, wenn er zumindest die Verfahrenskosten begleicht. Ansonsten bleibt es bei der Dauer von sechs Jahren bis zum endgültigen Schuldenerlass.

Überschuldung 2012

Überschuldete Personen nach Alter	
18 – 20 Jahre	236 799
21 – 30 Jahre	1 599 244
31 – 40 Jahre	1 716 573
41 – 50 Jahre	1 500 049
51 – 60 Jahre	1 003 456
61 Jahre und älter	716 062
gesamt	6 772 183

Quelle: Bürgel Wirtschaftsinformationen

Insgesamt meldeten im 1. Quartal 2013 rund 33 300 Bundesbürger Privatinsolvenz an. Die Auskunft Bürgel rechnet für 2013 mit bis zu 133 000 privaten Insolvenzfällen; mehr gab es zuletzt 2011.

Geldwertstabilität



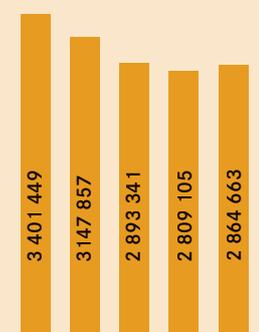
Das Statistische Bundesamt hat gesunkene Reallöhne im 1. Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahresquartal ermittelt; die Reallöhne sanken um 0,1 Prozent. In den ersten drei Monaten des Jahres hat die Teuerung also die Lohnsteigerungen zunichte gemacht.

Auf Fünf-Jahres-Sicht hatten die Arbeitnehmer in Deutschland real mehr Geld zur Verfügung: Die Nominal-

löhne stiegen von 2007 bis 2012 um 12,2 Prozent, die Lebenshaltungskosten um 8,3 Prozent. Allerdings nahm das Lohngefälle weiterhin zu: Leitende Angestellte konnten sich über deutlich höhere Lohnsteigerungen freuen als ungelernete Arbeitnehmer.

Wer vollzeitbeschäftigt war, verdiente in Deutschland im ersten Quartal 2013 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3 398 Euro brutto im Monat. Die höchsten Durchschnittsverdienste erhielten Beschäftigte bei Banken und Versicherungen (4 543 Euro), der niedrigste Bruttomonatsverdienst wurde mit 2 008 Euro im Gastgewerbe gezahlt.

Arbeitslose



jeweils Juni

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Lohn- und Preisanstieg

Veränderung zum Vorjahr in Prozent	Nominallohn		
	Preis	Reallohn	
2008	3,1	2,6	0,5
2009	0,1	0,3	-0,2
2010	2,7	1,1	1,5
2011	3,3	2,1	1,2
2012	2,5	2,0	0,5
2013*	1,4	1,5	-0,1

* nur 1. Quartal

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture alliance/BREUEL-BILD; akg images

Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard